



### Sprechstunde der SPD im Kreis

**Kreis Gütersloh (WB).** Die SPD-Kreistagsfraktion bietet auch am kommenden Mittwoch, 12. Januar, von 16 bis 17.30 Uhr eine Bürger-Sprechstunde an. In den Fraktionsräumen im Kreishaus des Kreises Gütersloh, Herzebrocker Str. 140 Gütersloh, stellt sich das Kreistagsmitglied und Mitglied im Ausschuss Arbeit und Soziales, Anke Unger, den Bürgern und Bürgerinnen als Ansprechpartnerin zur Verfügung. In dieser Zeit ist sie auch telefonisch unter ☎ 0 52 41/85-1026 zu erreichen.

### TWO bietet Gespräche an

**Halle (WB).** Aufgrund der laufenden Jahresabrechnung bietet die Haller Energieversorgerin Technische Werke Osning GmbH (TWO) ihren Kunden Sonderöffnungszeiten an: Am Mittwoch und Donnerstag, 12. und 13. Januar, ist das Service-Center am Gartinscher Weg bis 17 Uhr geöffnet. Für Freitagmorgens können darüber hinaus unter ☎ 0 52 01/858-0 Termine vereinbart werden.

### Beilagenhinweis

Teile unserer heutigen Ausgabe (ohne Postauflage) enthalten Prospekte der Firmen

### WOHNZENTRUM ZURBRÜGGEN

**Wir bitten um Beachtung.** Fragen zu Ihrer Prospektverteilung beantworten wir Ihnen gerne unter der Telefonnummer 05 21/58 53 44.

### WESTFALEN-BLATT

Haller Zeitung, Vermolder Anzeiger, Zeitung für Steinhagen, Zeitung für Werther

Herausgeber: Carl-Wilhelm Busse †

Redaktionsleitung: André Best Ulrich Windolph

Chefs vom Dienst: Andreas Kolesch (Nachrichten) Carsten Jonas (Verlagstechnik)

Verantwortliche Redakteure:

Lokalangaben: Thomas Hochstätter, Produktion: Thomas Lunk; Nordrhein-Westfalen: Ernst-Wilhelm Pape, Chefredakteur: Christian Althoff; Wirtschaft: Bernhard Hertlein; Sport: Friedrich-Wilhelm Kröger; Oliver Kreth (Stv.); Politischer Korrespondent: Reinhard Brockmann; Aus aller Welt/Motor: Wolfgang Schäfer; Schönes Wochenende: Ingo Steinsdörfer; Verlagsbeilagen: Beatrix Meyer; Reise: Thomas Albertsen (Panorama-Verlag)

Lokalredaktionen Altkreis Halle:

Leitung: Stefan Klüppers; Klaus-Peter Schillig (Stv.); Steinhagen: Annemarie Blum-Weinhold; Vermold: Oliver Horst; Werther: Marco Purkhardt; Lokalsport: Gunnar Feicht

Verlagsleitung und für Anzeigen verantwortlich: Gabriele Förster

Geschäftsführung: Michael Best Harald Busse

Verlag: Westfalen-Blatt

Verlegte Zeitungsverlage GmbH Pressehaus, Sudbrackstraße 14-16, 33611 Bielefeld Postfach 10 31 71, 33531 Bielefeld Telefon: 05 21 / 58 50 Telefax: 05 21 / 58 53 70 E-Mail: wb@westfalen-blatt.de

Druck: PD Presse-Druck GmbH

Zur Zeit gilt für die Gesamtauflage die Anzeigenpreisliste Nr. 22 vom 1. Januar 2011

Abbestellungsbedingungen: Bei Boten- oder Postzustellung können nur Abbestellungen zum Quartalsende berücksichtigt werden, wenn diese schriftlich möglichst per Einschreiben bis zum 1. des Vormonats abgesandt sind. Zusteller nehmen Abbestellungen nicht entgegen. Bezugspreise monatlich 21,30 € per Boten einschl. Zustell-Lohn mit steuerfreiem Nachzuschlag, bei Postzustellung 23,30 €. Beim Abbestellungs- und Einzelverkaufspreis inkl. 7% MwSt. Bei Abonnement-Unterbrechung erfolgt eine Rückvergütung des Bezugspreises ab dem siebten Tag der Unterbrechung. Bei Nichterscheinen der Zeitung im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung. Erscheinen werktags. Keine Gewähr für unverfälscht eingegangene Manuskripte.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit vorheriger Einwilligung des Verlegers. Anzeigen und Beilagen politischen Inhalts stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar.

Unserer Freitagausgabe liegt das Unterhaltungs- und Fernsehmagazin prima bei.

Wir verwenden Zeitungspapier mit hohem Altpapieranteil.

# »Den Kampf gegen Gift gewinnen«

NRW-Landwirtschaftsminister Johannes Remmel beim Kreisverbandstag der Landwirte

Von Stephanie Stallmann

**Kreis Gütersloh (WB).** Als Reaktion auf den Dioxin-Skandal will NRW-Landwirtschaftsminister Johannes Remmel (Grüne) die regionale Vermarktung in der Landwirtschaft stärken. Das sagte er gestern auf dem Kreisverbandstag des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes in Marienfeld.

Nicht nur der prominente Redner sondern vor allem der aktuelle Dioxin-Skandal trieb viel mehr Landwirte als erwartet zum Kreisverbandstag nach Marienfeld. NRW-Landwirtschaftsminister Johannes Remmel reagierte auf die Sorgen der versammelten mehr als 300 Landwirte, Landfrauen und Landjugendlichen, die im Kreis Gütersloh zwar aktuell nicht vom Gift-Skandal betroffen sind, deren Sorge um eine Wiederholung in der Zukunft aber nicht minder groß ist.

»In der Tat sind die Bauern die Gelackmeierten«, sagte Remmel und erneuerte seine Forderung nach einer verpflichtenden Versicherung und Haftungsregelungen für Futtermittelhersteller. »Das muss gesetzlich vorgeschrieben werden. Wir müssen dafür sorgen, dass betroffene Landwirte auch zu ihrem Recht kommen, damit die, die nichts dafür können, nicht auf den Kosten sitzen bleiben«, sagte der Minister.

Gleichzeitig forderte Remmel eine Trennung der Kreisläufe von Fetten für die industrielle Herstellung und Tierfutter. »Es kann nicht sein und darf nicht sein, dass wir Gifte in den Umlauf unserer Nahrungsmittelherzeugung bringen«, betonte er. »Dioxin gehört nicht in die Umwelt. Weder in Produkte noch in Vorprodukte oder Biodiesel. Dioxinquellen müssen, wo immer es geht, gestopft werden. Wir wollen diesmal den Kampf gegen Gifte im Essen gewinnen.«

Dazu sei auch eine konsequentere Schadensmeldung erforderlich. »Es ist ein Skandal, dass erhöhte Werte seit März bekannt sind, nicht gezogen. Das wollen wir jetzt tun.« Neben der Futtermittelkennzeichnung und der Trennung der Kreisläufe gehe es ihm jedoch auch darum, »das System insgesamt zu hinterfragen«. Es gebe aktuell offenbar Strukturen, die kriminelle Machenschaften begünstigen. Um langfristig Giftskandale auszuschließen, befürwortet



Der Dioxin-Skandal war Hauptthema beim WLV-Kreisverbandstag in Marienfeld (von links): der EU-Abgeordnete Elmar Brok, NRW-Landwirtschaftsminister Johannes Remmel und der Kreisverbandsvorsitzende Arnold Weßling. Fotos: Carsten Borgmeier (3), Stephanie Stallmann (1)

ohne dass öffentliche Stellen davon informiert wurden«, betonte er. Darüber hinaus forderte er eine Kennzeichnung der Futtermittel. »Es kann nicht sein, dass jedes Ei gekennzeichnet ist, aber die Vorproduzenten der Futtermittel nicht durchgängig nachvollzogen werden können«, kritisierte er und forderte ein schnelles Handeln. »Wir dürfen das Thema nicht wieder auf die lange Bank schieben. Es wird ja nicht erst seit zwei Wochen diskutiert. Die notwendigen Konsequenzen wurden

»In der Krise steckt auch die Chance, regionale Produktvermarktung zu betreiben.« Johannes Remmel NRW-Landwirtschaftsminister

Remmel daher die regionale Vermarktung und die dazugehörige Selbstversorgung der Betriebe mit Futtermitteln. »Für mich gehört zu einem landwirtschaftlichen Betrieb auch immer die Möglichkeit, wenigstens die Hälfte der Nahrung auf dem eigenen Betrieb herstellen zu können«, sagte der 48-Jährige. »In der Krise steckt auch die Chance, eine neue Linie zu verfolgen und regionale Produktvermarktung zu betreiben.«

Der Kreisverbandsvorsitzende Arnold Weßling forderte konsequentere Kontrollen am Beginn der Nahrungsmittelketten. »Wenn man feststellt, dass die Eintrittspforte immer wieder die Gleiche ist, muss man daran arbeiten, sie zu schließen. Diese Forderungen haben wir schon 1999 nach den ersten Erfahrungen mit Dioxin gestellt. Jetzt haben wir natürlich große Sorge, dass die Kleinfuttermischer wie Übeltäter behandelt werden anstatt weiter oben anzusetzen.« Gleichzeitig warnte er davor, konventionelle und Biolandwirtschaft gegeneinander auszuspielen. »Beim Nitrofen-Skandal haben wir gesehen, dass beide betroffen sein können«, sagte Weßling.

In dieses Horn stieß auch der EU-Abgeordnete Elmar Brok (CDU). Aus dem aktuellen Skandal könne nicht abgeleitet werden, welche Art von Landwirtschaft die richtige sei. »Kriminelle Energie gibt es auch in der biologischen Landwirtschaft. Man darf die traditionelle Landwirtschaft nicht tabuisieren und kaputt machen. Das ist Wettbewerbsverzerrung, die nicht hinnehmbar ist«, betonte er.

Brok sagte, es gehe nicht darum, Gesetze zu ändern, sondern die bestehenden korrekt anzuwenden. Gleichzeitig warnte er vor Panikmache. »Wir müssen aufpassen, ob mit berechtigter Kritik nicht auch Hysterien ausgelöst werden, hinter denen politisches Interesse steckt.«

Nach Angaben des Agrarsprechers der Bundestagsfraktion der

Grünen, Friedrich Ostendorf, sind derzeit in Deutschland 15 Prozent der Landwirtschaft von dem Dioxin-Skandal betroffen. »Jetzt ist der Punkt erreicht, wo wir endgültig die Agrarwerte erreichen müssen«, betonte Ostendorf in einer anschließenden Pressekonferenz. Das wolle seine Partei auch nach der heutigen Sondersitzung des Agrarausschusses im Bundestag zum Inhalt eines Fraktionsbeschlusses machen.



Arnold Weßling (rechts) begrüßte mit Clemens Tönnies einen Unternehmer, der den größten Schlachthof im Kreis betreibt.



Neben dem Bundestagsabgeordneten Ralph Brinkhaus (CDU, links) kam auch Regierungspräsidentin Marianne Thomann-Stahl zu den Bauern.

Grünen, Friedrich Ostendorf, sind derzeit in Deutschland 15 Prozent der Landwirtschaft von dem Dioxin-Skandal betroffen. »Jetzt ist der Punkt erreicht, wo wir endgültig die Agrarwerte erreichen müssen«, betonte Ostendorf in einer anschließenden Pressekonferenz. Das wolle seine Partei auch nach der heutigen Sondersitzung des Agrarausschusses im Bundestag zum Inhalt eines Fraktionsbeschlusses machen.

### Am Rande des Verbandstages

Zur Unterbrechung der Planungen für die A 33 aufgrund der Bechsteinfledermaus sagte der EU-Abgeordnete Elmar Brok (CDU) am Rande des WLV-Kreistages: »Ich bin dafür, diese Tiere zu schützen, aber wir müssen uns vor Augen halten, dass der normale Bürger diese Größenordnungen nicht mehr nachvollziehen kann. Wenn wir bei der Hartz IV-Reform über fünf Euro diskutieren und darüber, ob wir uns eine klinische Fakultät an der Uni Bielefeld leisten können oder nicht, kann niemand nachvollziehen, dass 380 000 Euro je Fledermaus investiert werden sollen. Hier müssen wir uns die Frage stellen, ob wir nicht die Balance verlieren.«

Landrat Sven-Georg Adenauer verwies in seinem Grußwort auf die steigende Belastung für Bauern durch wachsende Bürokratie. »Die Landwirte können sich nicht mehr auf das konzentrieren, wofür sie da sind. Die Bürokratie gehört abgeschafft. Daran muss sich auch eine neue Landesregierung messen lassen«, sagte Adenauer unter großem Applaus.

## Qualitätszeichen NRW einführen

Landesregierung setzt auf nachhaltige Flächennutzung und ökologischen Anbau

**Kreis Gütersloh (sta).** Die rot-grüne Landesregierung will ein Qualitätszeichen für in NRW erzeugte landwirtschaftliche Produkte einführen. Das sagte NRW-Landwirtschaftsminister Johannes Remmel auf dem Kreisverbandstag. »Es gibt den Bedarf im Handel. Wir möchten dieses Qualitätszeichen mit Ihnen gemeinsam entwickeln.« Dazu gehöre auch der Verzicht auf Gentechnik. »NRW ist gentechnikfrei. Wir wollen, dass das so bleibt.«

Die neue Landesregierung sei nicht angetreten, um ausschließlich ökologische Landwirtschaft zu fördern. »Wir wollen den Anteil der biologischen Landwirtschaft

steigern. Es gibt Marktpotenziale im ökologischen Landbau, die wir derzeit nicht nutzen«, betonte er. Gleichzeitig richte sich das Förderangebot aber an alle. So forderte der gebürtige Sieger unter anderem eine Erosions- und Festmistförderung sowie kleinere Ställe. »Wir wollen weg von großen Stallförderungen. Wir haben eine Diskussion über Ferkelkastration und Schwänzebeifen. Wenn wir da mit Fördermaßnahmen und anderen Stellen Entlastungen erreichen, dient das der Arbeitsplatzsicherung und dem Tierschutz.«

Im Flächenverbrauch plädierte Remmel für eine Allianz zwischen Landwirten und Naturschützern.

»Es ist doch naheliegend, dass diejenigen, die Natur und Böden schützen wollen und diejenigen, die landwirtschaftliche Flächen erhalten wollen, zusammenarbeiten. Täglich verschwinden landesweit 15 Hektar. Die Landesregierung will das auf fünf Hektar reduzieren, langfristig auf null«, sagte er. Als erster Schritt solle dieses Ziel in der Landesentwicklungsplanung verankert werden. Wirksam werde das aber erst in zehn bis 15 Jahren. »Deshalb müssen wir darüber nachdenken, auch bei der jetzigen Rechtslage Flächenausbau zu vermeiden und die Notwendigkeit einiger Bauprojekte zu hinterfragen.«

Im Hinblick auf Perspektiven im ländlichen Raum nach 2013 sagte er, Veränderungen seien durch die EU-Agrarpolitik unvermeidbar. »Die Frage ist nicht mehr ob, sondern wie sie gestaltet wird.« Darum warb er dafür, sich an der Diskussion zu beteiligen und eine eigene Position zu entwickeln. »Wenn wir jetzt auf die Bremse treten, werden wir am Ende das Nachsehen haben, weil andere Interessen schon formuliert sind.« Oberstes Ziel müsse es sein, das Agrarbudget nicht anzugreifen. »Wir haben den Anspruch, dass wir auch in Zukunft im ländlichen Raum mit Landwirtschaft Geld verdienen können.«